

Christian Dargel

Die Rundfunkgebühr

Verfassungs-, finanz- und
europarechtliche Probleme ihrer
Erhebung und Verwendung



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	21
I. Problemstellung	21
1. Ausgangsbefund: Die Problematik der Rundfunkgebühr	21
2. Aufgabenstellung: Die Notwendigkeit der rechtlichen Einordnung der Rundfunkgebühr	23
II. Ziel und Gang der Untersuchung	25
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen der heutigen Rundfunklandschaft	27
I. Überblick über das heutige Rundfunksystem	27
1. Die bundesstaatliche Entwicklung einer Rundfunkordnung	27
2. Der Weg zu einem dualen Rundfunksystem	28
a) Die Einführung des privaten Rundfunks	28
b) Festlegung der dualen Rundfunkordnung im Rundfunk- staatsvertrag	30
c) Folge der deutschen Einheit: Die Verabschiedung eines Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland	32
d) Reformierung der Regelungen über die Rundfunk- gebührenfestsetzung und die Konzentrationskontrolle	32
e) Das duale Rundfunksystem im digitalen Zeitalter	34
3. Die Strukturen des dualen Rundfunksystems	34
a) Verfassungsrechtliche Legitimation des dualen Rundfunksystems	34
b) Kompetenzrechtliche Strukturelemente des dualen Rundfunksystems	36
c) Materielle Strukturmerkmale des dualen Rundfunksystems	37
aa) Die Rechtsnatur des Grundrechts der Rundfunkfreiheit	37
bb) Staats- und Gruppenferne des Rundfunks	37
cc) Pluralistische Struktur des Rundfunks	38
dd) Die Grundversorgung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	39
(1) Technische Empfangbarkeit für die gesamte Bevölkerung	40
(2) Inhaltliche, d.h. programmliche Meinungsvielfalt	41
(3) Gegenständliche, d.h. verfahrensrechtliche Meinungsvielfalt	41
(4) Sozialstaatsprinzip	41
(5) Finanzierung der Grundversorgung	42
(6) Zuweisung der Grundversorgung	43

(a) Wahrnehmung der Grundversorgung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	43
(b) Die „Jedenfalls“-Aussage.....	43
(c) Die „Solange und soweit“-Formel	43
ee) Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.....	44
4. Zusammenfassender Befund	45
II. Dynamisierung der Rundfunklandschaft.....	46
1. Wandel der Rundfunkstrukturen durch neue technische Möglichkeiten	46
2. Einbeziehung neuer Dienste in den Rundfunkbegriff	48
a) Merkmale des Rundfunkbegriffs	49
b) Rechtliche Einordnung der neuen Kommunikationsdienste.....	51
aa) Darbietung für die Allgemeinheit	51
bb) Rundfunkmäßige Verbreitung	52
cc) Meinungsbildungsfunktion für die Allgemeinheit	53
dd) Kommunikationsdienste anderer Medienbereiche	54
ee) Dem Rundfunkbegriff zuzuordnende Dienste	55
3. Ausblick.....	55
C. Rundfunkgebührenrelevante Aspekte des Systems der öffentlichen Abgaben	58
I. Das Fehlen eines geschlossenen Abgabensystems.....	58
II. Typisierung der einzelnen öffentlichen Abgaben	60
1. Gemeindelast/Steuer.....	60
2. Vorzugslasten	60
3. Sonderabgabe	61
III. Die abgabenrechtlichen Erhebungsprinzipien	62
1. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.....	62
2. Das Gebot der Steuergerechtigkeit	63
3. Das Äquivalenzprinzip.....	63
4. Das Kostendeckungsprinzip.....	64
5. Verfassungsrechtlicher Status von Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzip.....	64
6. Anwendung des Gleichheitssatzes bei Sonderabgaben	65
7. Zusammenfassender Befund	65
D. Die Rundfunkgebühr vor der heutigen Rundfunklandschaft: Entwicklung und verfassungsrechtliche Zulässigkeit sowie die generellen Regelungen der Erhebung, Verteilung und Verwendung der Rundfunkgebühr	66
I. Entwicklung und Verwendung der heutigen Rundfunkgebühr.....	66

1. Die Post als Gläubigerin der Rundfunkgebühr.....	66
2. Anerkennung der Gläubigerstellung der Rundfunkanstalten.....	67
3. Der Weg zur heutigen Rechtslage	69
4. Der Belastungsgrund für die Rundfunkgebühr	70
5. Der generelle Verwendungszweck der Rundfunkgebühr.....	72
a) Staatsvertragliche Vorgaben für den Verwendungszweck	72
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben für den Verwendungszweck	73
aa) Finanzierung der Kernaufgaben der Rundfunkanstalten aus der Rundfunkgebühr.....	73
bb) Finanzierung von Aufgaben jenseits des klassischen Rundfunkauftrages aus der Rundfunkgebühr.....	75
(1) Die Judikatur des Bundesverfassungsgerichtes.....	75
(2) Praktische Konsequenzen aus der verfassungs- gerichtlichen Judikatur	77
c) Ergebnis	78
6. Die Verteilung des Rundfunkgebührenaufkommens	79
II. Der Streit um die Rechtsnatur der Rundfunkgebühr	80
1. Steuerbefürworter.....	82
2. Gebührenbefürworter.....	82
3. Beitragsbefürworter	84
4. Sonderabgabenbefürworter.....	84
5. Zusammenfassender Befund.....	84
III. Die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Rundfunkgebühr.....	85
1. Kompetenzrechtliche Vorschriften.....	85
a) Die Rundfunkgebühr als Steuer.....	86
b) Die Rundfunkgebühr als Gebühr.....	86
c) Die Rundfunkgebühr als Beitrag	87
d) Die Rundfunkgebühr als Sonderabgabe.....	87
e) Ergebnis	88
2. Vereinbarkeit mit Art. 5 I GG.....	88
IV. Die Rundfunkgebühr vor dem Bundesverfassungsgericht.....	89
1. Das „1. Fernsehurteil“ von 1961.....	90
2. Das „Mehrwertsteuerurteil“ von 1971	90
3. Das „FRAG-Urteil“ von 1981.....	91
4. Das „Niedersachsenurteil“ von 1986.....	91
5. Der „SDR-Beschluß“ von 1987.....	92
6. Der „WDR-Beschluß“ von 1991.....	92
7. Das „HR-Urteil“ von 1992.....	93
8. Das „8. Fernsehurteil“ von 1994.....	93
9. Der „Rundfunkgebührenbeschluß“ von 1999.....	94
10. Ergebnis der Rundfunkgebührenjudikatur des Bundesverfassungsgerichtes.....	95

E. Der Begriff der Rundfunkgebühr	97
I. Die abgabenrechtlichen Erhebungsprinzipien der Rundfunkgebühr	97
1. Das Äquivalenzprinzip	97
2. Das Kostendeckungsprinzip	99
3. Zusammenfassender Befund	99
II. Die Rundfunkgebühr im System der öffentlich-rechtlichen Abgaben	99
1. Gegenleistungsunabhängige Abgabe (Steuer)	100
a) Die Rundfunkgebühr als Steuer	100
aa) Begriff der Steuer	101
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als Steuer	101
cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als Steuer	103
(1) Gegenleistungsabhängigkeit der Rundfunkgebühr	103
(2) Das Gebot der Staatsferne	104
(3) Keine Deckung des allgemeinen staatlichen Finanzbedarfs	104
b) Ergebnis	105
2. Gegenleistungsabgabe	105
a) Die Rundfunkgebühr als Anstaltsnutzungsgebühr	105
aa) Begriff der Nutzungsgebühr	106
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als Anstaltsnutzungsgebühr	106
cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als Anstaltsnutzungsgebühr	109
(1) Fehlen einer unmittelbaren Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung	109
(2) Das Gebot der Staatsferne	111
(3) Die Grundversorgungsfunktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	111
dd) Ergebnis	112
b) Die Rundfunkgebühr als laufende Verwaltungsgebühr	112
aa) Begriff der Verwaltungsgebühr	112
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als laufende Verwaltungsgebühr	112
cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als laufende Verwaltungsgebühr	113
dd) Ergebnis	113
c) Die Rundfunkgebühr als fernmelderechtliche Gebühr des Bundes	113
d) Die Rundfunkgebühr als Beitrag	114
aa) Begriff des Beitrags	114
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als Beitrag	116

cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als Beitrag	118
(1) Anknüpfen an einen Ausnahmefall.....	118
(2) Keine synallagmatische Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung	118
(3) Das Gebot der Staatsferne.....	120
dd) Ergebnis	120
e) Die Rundfunkgebühr als Gebühr mit Beitragscharakter.....	120
aa) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als Gebühr mit Beitragscharakter	121
bb) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als Gebühr mit Beitragscharakter	122
cc) Ergebnis.....	124
f) Die Rundfunkgebühr als Konzessionsabgabe	124
aa) Begriff der Konzessionsabgabe	124
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als Konzessionsabgabe.....	125
cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als Konzessionsabgabe	126
(1) Vereinbarkeit von § 2 I FAG mit Art. 5 I GG	126
(2) Die Rundfunkgebühr als Bedingung der Konzessionserteilung.....	127
dd) Ergebnis	128
g) Die Rundfunkgebühr als Abschöpfungsabgabe.....	128
aa) Begriff der Abschöpfungsabgabe	129
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als Abschöpfungsabgabe.....	129
cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als Abschöpfungsabgabe	130
dd) Ergebnis	131
h) Zusammenfassender Befund zu den Gegenleistungsabgaben	131
3. Sonderformen	131
a) Die Rundfunkgebühr als Sonderabgabe	131
aa) Begriff der Sonderabgabe	132
(1) Homogene Gruppe	133
(2) Sachnähe und Gruppenverantwortung.....	133
(3) Gruppennützige Verwendung	133
(4) Fortlaufende Legitimation	134
(5) Geltungsbereich dieser Anforderungen	134
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als Sonderabgabe.....	135
cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als Sonderabgabe	136

(1) Gruppennützigkeit der Rundfunkgebühr	136
(2) Gegenleistungsabhängigkeit der Rundfunkgebühr.....	138
dd) Ergebnis	138
b) Die Rundfunkgebühr als sachkompetenzimplizite Abgabe	139
aa) Begriff der sachkompetenzimpliziten Abgabe	139
bb) Mögliche Einordnung der Rundfunkgebühr als sachkompetenzimplizite Abgabe	140
cc) Bedenken gegen eine Einordnung der Rundfunkgebühr als sachkompetenzimplizite Abgabe.....	141
dd) Ergebnis	143
c) Die Ansicht <i>Beckers</i>	143
aa) Die Rundfunkgebühr als Abgabe sui generis	143
bb) Bedenken gegen die Ansicht <i>Beckers</i>	144
cc) Ergebnis.....	145
4. Die Sonderstellung der Rundfunkgebühr im System der öffentlich-rechtlichen Abgaben	145
a) Begriffliche Zulässigkeit.....	145
b) Kompetenzrechtliche Zulässigkeit	146
c) Inhaltliche Ausgestaltung	147
5. Ergebnis: Die Rundfunkgebühr als eine Abgabe sui generis	147

F. Verwendungszwecke der Rundfunkgebühr und die zulässige Finanzierung besonderer Vorhaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus dem allgemeinen Rundfunkgebührenaufkommen

F. Verwendungszwecke der Rundfunkgebühr und die zulässige Finanzierung besonderer Vorhaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus dem allgemeinen Rundfunkgebührenaufkommen	149
I. Typenspezifischer Verwendungszweck der Rundfunkgebühr.....	149
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben für den Verwendungszweck.....	149
2. Abgabenrechtliche Vorgaben für den Verwendungszweck	150
a) Typenspezifische Forderung.....	150
b) Begriffsimmanente Forderungen.....	151
aa) Prinzip der Nonaffektation.....	151
bb) Grundsatz der Konnexität.....	152
c) Konsequenzen aus den begriffsimmanenten Forderungen: Verwendung für die Gesamtveranstaltung Rundfunk	152
3. Ergebnis: Allgemeiner Maßstab für die zulässige Verwendung des Rundfunkgebührenaufkommens.....	153
II. Zulässigkeit der Verwendung von Rundfunkgebühren für besondere Vorhaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.....	154
1. Verwendung der Rundfunkgebühr für Spartenprogramme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	155
a) Reichweite der Gebührenfinanzierung	156
b) Konsequenzen für öffentlich-rechtliche Spartenprogramme	157

c)	Zuordnung der öffentlich-rechtlichen Spartenprogramme zur Grundversorgung oder zum klassischen Rundfunkauftrag.....	158
aa)	Die Judikatur des BVerfG.....	158
bb)	Die Einordnung von „Phoenix“ und dem „Kinderkanal“	160
cc)	Die Einordnung weiterer Spartenprogrammvorhaben.....	162
dd)	Zwischenergebnis	163
d)	Europarechtliche Bedenken.....	163
e)	Ergebnis	165
f)	Exkurs: Grundversorgung ausschließlich durch Spartenprogramme.....	165
2.	Verwendung der Rundfunkgebühr für Nebentätigkeiten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (inbs. Druckwerke).....	167
a)	Reichweite des Verwendungszwecks der Rundfunkgebühr	167
b)	Grenzen der Finanzierung von Nebentätigkeiten aus der Rundfunkgebühr	169
c)	Ergebnis	170
3.	Verwendung der Rundfunkgebühr für neue Rundfunkformen bzw. neue Dienste	170
a)	Zuordnung der neuen Dienste zum Rundfunkbegriff	171
b)	Reichweite der Gebührenfinanzierung.....	172
c)	Zuordnung der neuen Dienste zum Funktionsbereich der Rundfunkanstalten	173
aa)	Dem Rundfunkbegriff unterfallende Dienste	173
bb)	Dienste außerhalb des Rundfunkbegriffs.....	174
(1)	Finanzierung der nicht dem Rundfunkbegriff unterfallenden Dienste als Hilfstätigkeit.....	174
(2)	Finanzierung von Online-Diensten als Haupttätigkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten.....	175
cc)	Zwischenergebnis	177
d)	Ausblick.....	177
e)	Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als Access-Provider.....	178
aa)	Access-Providing als Grundversorgungsaufgabe.....	178
bb)	Access-Providing als Hilfstätigkeit oder Randnutzung.....	179
cc)	Zwischenergebnis zum zulässigen Access-Providing.....	180
f)	Ergebnis.....	181
4.	Verwendung der Rundfunkgebühr für europäische Gemeinschaftsprogramme	181
a)	Kompetenzrechtliche Probleme: Regelungszuständigkeit der Länder trotz Auslandsbezug der Materie	182
b)	Materiellrechtliche Probleme: Reichweite des zulässigen Verwendungszwecks der Rundfunkgebühr.....	183
c)	Ergebnis	184

5. Verwendung der Rundfunkgebühr für Regional- und Lokalprogramme	185
6. Ergebnis.....	186
III. Exkurs: Anspruch der Rundfunkteilnehmer auf gesetzes- oder verfassungskonforme Verwendung von Rundfunkgebühren?	187
G. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Ausweitung der Rundfunkgebührenerhebung durch Einführung einer Rundfunkgebührenpflicht für spezielle Empfangsgeräte.....	190
I. Gebührenpflicht für Computer mit Internet-Zugang.....	190
1. Gebührenpflichtigkeit als Rundfunkempfangsgeräte	191
a) Empfang von Rundfunk	191
aa) Merkmal der Meinungsbildungsfunktion für die Allgemeinheit.....	191
bb) Merkmal der Darbietung.....	192
cc) Merkmal der Verbreitung.....	192
b) Internet als dem Rundfunk zugeordneter Mediendienst im Sinne des § 20 II RdfStV	193
c) Kein zeitgleicher Empfang	194
d) Verfassungskonforme Auslegung des Gebührentatbestandes im Hinblick auf sog. Live-Stream-Übertragung von Rundfunksendungen im Internet	195
e) Zwischenergebnis.....	196
2. Gebührenpflicht durch Einführung einer entsprechenden Rechtsgrundlage	196
a) Kompetenz der Länder.....	196
b) Eignung einer solchen Regelung	197
c) Erforderlichkeit einer solchen Regelung	198
d) Verhältnismäßigkeit einer solchen Regelung.....	198
3. Ergebnis.....	199
II. Gebührenpflicht für Rundfunkempfangsgeräte ohne öffentlich-rechtlichen Empfang	199
1. Gebührenpflicht nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag	200
2. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Gebührenpflichtigkeit von Empfangsgeräten ohne öffentlich-rechtlichem Empfang.....	201
a) Maßstab der Rundfunkfreiheit des Art. 5 I 2 GG.....	201
b) Maßstab der Informationsfreiheit des Art. 5 I 1 GG.....	201
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	202
d) Grundsatz der Abgabengleichheit des Art. 3 I GG	205
3. Ergebnis.....	207

H. Die zulässige Erhebung der zusätzlichen Anteile an der Rundfunkgebühr zur Finanzierung besonderer Aufgaben (§ 40 RdfStV) und ihre Stellung im System der öffentlichen Abgaben.....	208
I. Fragestellung.....	208
II. Der Kabelgroschen	209
1. Rechtlich unselbständiger Teil der allgemeinen Rundfunkgebühr oder selbständige Abgabenform?	210
2. Der Kabelgroschen als Gegenleistungsabgabe.....	211
3. Der Kabelgroschen als Steuer.....	212
4. Der Kabelgroschen als Sonderabgabe	214
a) Erhebung der Sonderabgabe von einer „homogenen Gruppe“	214
b) Sachnähe der Abgabepflichtigen zum Abgabenzweck.....	215
c) Gruppennützigkeit der Verwendung	215
5. Ergebnis.....	217
III. Die Finanzierung besonderer Aufgaben	217
1. Unselbständiger Bestandteil der allgemeinen Rundfunkgebühr oder selbständige Abgabenform?	218
2. Abgabenrechtliche Beurteilung des Aufsichtsgroschens	219
a) Der Aufsichtsgroschen als Gegenleistungsabgabe.....	219
b) Der Aufsichtsgroschen als Steuer	219
c) Der Aufsichtsgroschen als Sonderabgabe	220
3. Abgabenrechtliche Beurteilung des Offenen Kanal-Groschens	222
a) Der Offene Kanal-Groschen als Steuer oder Gegenleistungsabgabe	222
b) Der Offene Kanal-Groschen als Sonderabgabe	223
4. Abgabenrechtliche Beurteilung des Infrastrukturgroschens	223
a) Der Infrastrukturgroschen als Steuer.....	224
b) Der Infrastrukturgroschen als Sonderabgabe.....	225
5. Abgabenrechtliche Beurteilung des Programmroschens.....	225
IV. Ergebnis	226
J. Möglichkeiten und Grenzen der unmittelbaren Beteiligung privater Rundfunkveranstalter am Rundfunkgebührenaufkommen.....	227
I. Vorbehalt des Gesetzes.....	228
II. Abgabenrechtliche Problematik einer Finanzierung privater Rundfunkanbieter durch Rundfunkgebühren	230
1. Die Rechtsnatur der Rundfunkgebühr	230
2. Die Möglichkeit der Erhebung einer öffentlich-rechtlichen Abgabe für einen privaten Veranstalter.....	230
a) Das Senderechtsverhältnis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu den Rundfunkteilnehmern	231

b) Das Senderechtsverhältnis der privaten Rundfunkanbieter zu den Rundfunkteilnehmern	231
aa) Die Rechtsfigur der Beleihung.....	232
bb) Funktionale Gleichwertigkeit als materielle Anforderung	232
cc) Die Notwendigkeit eines Beleihungsaktes	233
c) Notwendigkeit eines öffentlich-rechtlichen Charakters der Gegenleistung bei Gegenleistungsabgaben	233
aa) Öffentlich-rechtliche Abgabe für öffentlich-rechtliche Gegenleistungen.....	233
bb) Öffentlich-rechtliche Abgabe für private Gegenleistungen.....	234
3. Ergebnis.....	235
III. Rundfunkrechtliche Problematik einer Finanzierung privater Rundfunkanbieter durch Rundfunkgebühren	236
1. Funktion der Rundfunkfinanzierung.....	236
2. Gebührenfinanzierungsfähigkeit privater Rundfunkanbieter in einer dualen Rundfunkordnung	236
a) Quantitative Aspekte der Grundversorgung.....	237
b) Qualitative Aspekte der Grundversorgung.....	238
aa) Programmliche Vielfaltssicherung.....	238
(1) Inhaltliche Binnenpluralität.....	238
(2) Primär nichtmassensattraktive Programmgestaltung.....	238
(3) Programmangebote oberhalb des Minimalstandards, aber unterhalb Maximalstandards.....	239
(4) Programmangebote der außenpluralen Vielfalt	240
(5) Zwischenergebnis	240
bb) Verfahrensrechtliche Vielfaltssicherung	241
cc) Zwischenergebnis.....	242
c) Gebot der Systemgerechtigkeit und Systemkonsequenz.....	242
d) Gebühren für privaten Rundfunk und Position der Rezipienten....	243
e) Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich- rechtlichen Rundfunks	244
f) Ergebnis	245
3. Gebührenfinanzierungsfähigkeit privater Rundfunkanbieter bei Auflösung der dualen Rundfunkordnung	245
a) Alleinige Wahrnehmung der Grundversorgungsaufgabe durch private Anbieter	246
aa) Grundversorgung als Gewährleistung	247
bb) Übertragbarkeit der Grundversorgungsaufgabe auf private Rundfunkanbieter	247
cc) Zwischenergebnis.....	248
b) Notwendige Beibehaltung der dualen Rundfunkordnung.....	248
4. Ergebnis.....	249

K. Alternativen zum derzeitigen System der Rundfunkgebührenfinanzierung	251
I. Mögliche Ausgestaltung der Rundfunkgebühr als echte Gebühr	251
1. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Änderung der Rechtsnatur der Rundfunkgebühr in eine echte Gebühr	251
2. Folgen der Änderung der Rechtsnatur für den Verwendungszweck der Rundfunkgebühr und die Gebührenpflichtigkeit	252
3. Ergebnis	254
II. Alternative Finanzierungsmodelle für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	255
1. Werbefinanzierung	255
2. Staatsfinanzierung	257
3. Eigene wirtschaftlich-unternehmerische Betätigung	259
4. Pay - TV	259
5. Beiträge und Spenden	263
6. Steuerrechtliche Alternativen	263
7. Stiftungs- und Fondsmodelle	265
8. Ergebnis: Fortbestehende Notwendigkeit einer Rundfunkgebühr	266
L. Der Einfluß des europäischen Gemeinschaftsrechts auf die Rundfunkgebühr	268
I. Europarechtliche Grundlagen: Rundfunk als Dienstleistung	268
II. Die Rundfunkgebühr als Verstoß gegen das EG-Beihilferecht	271
1. Tatbestand des Art. 87 I EGV AV	272
a) Begriff der Beihilfe	272
aa) Begünstigungselement	273
bb) Freiwilligkeit der Begünstigung	275
b) Herkunft der Beihilfe	276
c) Kreis der Begünstigten	278
aa) Produktionszweig	278
bb) Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als Unternehmen im Sinne von Art. 87 I EGV AV	279
d) Verfälschung des Wettbewerbs	281
aa) Relevanter Markt	281
bb) Wettbewerbsverfälschung	282
e) Beeinträchtigung des Handelsverkehrs	284
f) Ergebnis	284
2. Befreiungstatbestand des Art. 87 III lit. d EGV AV	285
a) Eignung der Gebührenfinanzierung zur Förderung der Kultur	286
b) Erforderlichkeit der Gebührenfinanzierung	288
c) Zumutbarkeit der Gebührenfinanzierung	288
3. Befreiungstatbestand des Art. 87 III lit. b EGV AV	291

4. Veränderung der Rechtslage durch den Amsterdamer Vertrag?	292
a) Aufnahme eines Protokolls über die Rundfunkfinanzierung	292
b) Das Amsterdamer Protokoll als Auslegungsrichtlinie	293
c) Bindungswirkung der Auslegungsgrundsätze	294
d) Konsequenzen des Amsterdamer Protokolls für die Rundfunkgebühr.....	294
aa) Der Verwendungszweck der Rundfunkgebühr.....	295
bb) Die Rundfunkgebühr als zulässige Beihilfe.....	296
5. Ergebnis.....	297
III. Alternativvorschläge der Europäischen Kommission zur Rundfunkfinanzierung	298
1. Einzelfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	298
2. Duale Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.....	299
3. Ausschreibung der Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	299
4. Zusammenfassende Bewertung.....	300
M. Schlußbetrachtung.....	303
N. Ausblick: Die Rundfunkgebühr als haushaltsgebundene Abgabe	306
Zusammenfassung der Ergebnisse	309
Literaturverzeichnis.....	315